

Sozialismus

Das 400. Heft!

www.Sozialismus.de

Bischoff-Radke/Wahl/
Bierbaum/Schui: Europa



Ulrich Bochum/Hinrich
Kuhls: Labours Wende?



Rolf Staudt: **GEW**erkschaft-
liche Perspektiven

Franziska Wiethold:
Arbeitnehmermitte

**Forum
Gewerkschaften**

Stephan Krüger: Lang-
fristiger Abwärtstrend



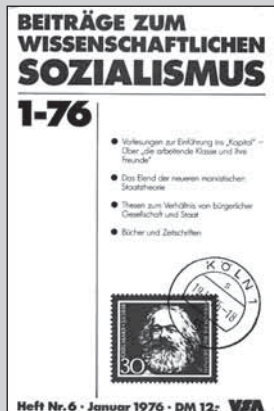
**Pablo Iglesias/Thomas Piketty:
Europa reformieren?!**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Das 400. Heft

Zugegeben, 400 ist nicht »die runde Zahl«, zumal wir – ähnlich wie Bertolt Brechts Herr Keuner – nicht unbedingt »für Jahrestage« zu haben sind. Und zugegeben, die Zählung hat ihre Tücken: Die Nummer 1 war im Jahr 1972 der »Diskussionsband ›Klassenbewusstsein und Partei‹«, im Januar 1976 erschien die erste Ausgabe der »Beiträge zum Wissenschaftlichen Sozialismus« (Heft Nr. 6), ab November 1980 (Nr. 32) verkürzten wir den Namen und gingen aufs Magazinformat über, ab Oktober 1983 (Nr. 50) dann auf monatliches Erscheinen mit jährlich elf Heften, manchmal zwölf. Einmal fiel ein Heft aus und verzählt haben wir uns sicherlich auch mal. Dies vorausgeschickt, ist dies das 400. Heft.



Wir folgen dem Rat des listigen Augsbürgers: »Herr Keuner war für kritische Arbeit, für tätige Vernunft. Er hatte wenig Zeit zum Feiern. Er hielt den Fortgang des Lebens für wichtiger als die Zelebration des Erreichten. Herr Keuner stellte sich nachdenklich den Problemen seiner Zeit.«

Das will auch die Redaktion – mit den gedruckten Ausgaben ebenso wie mit der Website www.Sozialismus.de. Dafür bitten wir um die Unterstützung der Leserinnen und Leser in Form von neuen Abonnements und/oder einer Spende auf das Konto **Richard Detje-Euscher, IBAN: DE28200505501268120977, BIC: HASPDEHHXXX**. Wir bedanken wir uns im voraus!

Europäische Entwicklungen...

Joachim Bischoff/Björn Radke:
SYRIZAS politischer Auftrag und die Strategiedebatte der Linken 2

»Die europäischen Institutionen demokratisieren!«
Thomas Piketty im Gespräch mit Pablo Iglesias 7

Bernhard Sander:
Wird die französische Linke verschwinden? 15

Klaus Bullan:
Südtalien – Krisenregion in Europa 21

Ulrich Bochum/Hinrich Kuhls: Labours langer Weg
zur gesellschaftlichen und politischen Wende 25

... und wie die Linke sie deutet

Peter Wahl: Linke Sakralisierung von Euro und EU 32

Heinz Bierbaum: Wie weiter mit der europäischen Linken? 36

Herbert Schui: Schuldenkrise der Eurozone –
Der German Eiertanz wird fortgesetzt 40

Unvollendete Einheit

Klaus Steinitz: Ostdeutschland im 25. Jahr der Einheit
Strukturelle Defizite und Chancen, diese zu überwinden 45

Forum Gewerkschaften

Franziska Wiethold: Einblicke in das Gesellschaftsbild der Arbeitnehmermitte
Stefanie Hürtgen und Stephan Voswinkel untersuchen Anspruchslogiken
und Interessenpolitik 50

Otto König/Richard Detje: Der kurze Sommer der Willkommenskultur 55

Rolf Staudt: GEWerkchaftliche Perspektiven –
in der Einheitsgewerkschaft 58

»Wertrechnung« für die Bundesrepublik/Rezensionen

Stephan Krüger: Profitrate und Kapitalakkumulation in Deutschland
Was folgt aus ihrem langfristigen Abwärtstrend? 60

Klaus Schneider: Die Übergangenen und Vergessenen
(zu Paco Roca: Die Heimatlosen) 64

Hasko Hüning: »Es lohnt nicht, in ihn zu investieren...«
(zu Christian Stahl: In den Gangs von Neukölln. Das Leben des Yehya E.) 66

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 63

Veranstaltungen & Tipps 68

Marion Fisch: I Want to See the Manager (Filmkritik) 69

Linke Sakralisierung von Euro und EU

von | Peter Wahl

Was sind die strategischen Folgerungen aus der Griechenland-Krise? Welche Spielräume linker Politik gibt es noch im Euro-Regime? Im September haben Joachim Bischoff, Steffen Lehndorff, Björn Radke und Axel Troost die Debatte in Sozialismus eröffnet. Heinz Bierbaum, Herbert Schui und Peter Wahl führen sie fort.



Karikatur: Economist

Das Scheitern von Syriza mit dem Versuch, eine Alternative zur Austerität zu etablieren, hat in der deutschen Linken nicht nur zu einer Auseinandersetzung um die Zukunft der EU, den Euro und die europapolitische Strategie der Linken geführt. Die Niederlage hat auch den Blick auf die Grenzen der westeuropäischen Linken gelenkt, große Entscheidungen noch nennenswert beeinflussen zu können.

Sie sollten diese Erfahrung nutzen, um für einen Augenblick aus dem Hamsterrad der Tagespolitik auszusteigen und sich eine grundsätzlichere Debatte zu gönnen. Die Großkrisen und Ausnahmezustände an allen Ecken und Enden werden sowieso nicht aufhören. »Überblick verschaffen. Luft holen. Nachdenken.«¹ Diesem Plädoyer zu Gelassenheit

und Konzentration kann man sich vorbehaltlos anschließen.

Dazu gehört auch, die angesichts der Krise aufgebrochenen Kontroversen nicht im Geist von Fraktionskämpfen, mit Polemik und in Kategorien von Sieg und Niederlage zu führen. Die Widersprüche liegen in der Widersprüchlichkeit der Sache selbst. So ist z.B. eine Gemeinschaftswährung nicht einfach nur gut oder schlecht. Mit der Verkündung von Dogmen, wie das Merkel'sche »Scheitert der Euro, scheitert Europa« wird jedoch eine Sakralisierung und damit Emotionalisierung von ökonomisch an sich eher nüchternen Sachverhalten betrieben.

Aber offensichtlich geht es um mehr als die zweckmäßige Organisation einer Währung. Der Euro ist in erster Li-

nie ein politisches Projekt. Zudem eines, das in hohem Maße affektiv besetzt ist. Doch bevor wir uns der Politik zuwenden, ein Blick auf einige ökonomische Aspekte der Gemeinschaftswährung.

Viele Wege führen nach Rom

Eine gemeinsame Währung kann enorme Vorteile haben. Sie senkt die Transaktionskosten, das Wechselkursrisiko entfällt und sie kann – was vor allem für kleinere Länder von Belang ist – vor spekulativen Attacken schützen.

Andererseits gibt es auch unabhängig von einer Gemeinschaftswährung Instrumentarien, um Spekulation zu verhindern, nämlich eine entsprechende Regulierung der Finanzmärkte. Wenn das Kasino dicht gemacht wird, ist das

die beste Absicherung gegen spekulative Attacken.² Auch hat eine Gemeinschaftswährung kein Monopol auf eine Problemlösung in Währungsfragen. Die fixen Wechselkurse, die in den Nachkriegsjahrzehnten die wichtigsten Währungen aneinander koppelten, hatten das Wechselkursrisiko nicht nur unter Kontrolle, sondern ermöglichten der Realwirtschaft ein äußerst wachstumsförderndes Umfeld.

Eine gängige Gestaltungsvariante für Währungen ist auch das *Pegging*, d.h. die bilaterale Kopplung einer Währung an eine andere – entweder mit Fixkurs oder mit einem Schwankungskorridor. So zeigt die dänische Krone mit ihrer Kopplung an den Euro, dass selbst innerhalb der EU zwischen dem Euro und einer rein nationalstaatlichen Währung noch andere Varianten existieren, die zudem gut funktionieren.

Selbst das Fortbestehen einer rein nationalen Währung ist – Globalisierung hin, Finanzkapitalismus her – nicht automatisch ein Handicap, wie man an den EU-Mitgliedern Großbritannien oder Polen sieht.³ Im Gegenteil, beide haben dauerhaft höhere Wachstumsraten als die Eurozone. Das Argument linker Euroverteidiger, dass außerhalb des Euro nur die Misere droht, ist empirisch nicht haltbar.

Es gibt nicht den alleinseligmachenden Weg einer optimalen Währungsgestaltung. Die unterschiedlichen Instrumente haben je nach Kontext ihre Vor- und Nachteile. Daher sollte man die verschiedenen Alternativvorschläge nüchtern, unvoreingenommen und ergebnisoffen auf ihre ökonomische Sinnhaftigkeit und sozialen Folgen prüfen. Angefangen von der Idee eines Nord- und eines Süd-Euros, über das Konzept eines Außen- und Binnen-Euros,⁴ bis zu dem Vorschlag Lafontaines,⁵ einer (modifizierten) Währungsschlange nach dem Vorbild des EWS.

Wer über Austerität redet, kann über den Euro nicht schweigen

Das ökonomische Kernargument linker Euroverteidiger läuft in seinen verschiedenen Varianten immer auf den Gedanken zu, der Euro sei eigentlich nicht das Problem. So stellvertretend

für viele Axel Troost: »Aber nicht die gemeinsame Währung ist der Angelpunkt für die Fehlentwicklung, sondern die unzureichenden Ausgleichs- und Steuerungsprozesse, inklusive der Beschränkungen der europäischen Zentralbank.«⁶

Hier wird so getan, als ob eine Währung nur Zahlungsmittel sei, das von seiner institutionellen Verfasstheit abgekoppelt werden könnte. Eine Währung besteht aber nicht nur aus Münzen, Geldscheinen und Kontoständen. Vielmehr ist sie ein System aus Regeln und Institutionen. Beim Euro sind das die Notenbanken der Mitgliedsländer und an deren Spitze die EZB mit ihren Statuten. Das was Axel Troost als »Beschränkungen« der EZB bezeichnet, ist der Währung nicht äußerlich, sondern struktureller Bestandteil.

Eine Währung ist ein gesellschaftliches Verhältnis, und als solches ist sie unter den gegebenen Bedingungen auch ein Herrschaftsverhältnis. Michel Aglietta hat jetzt noch einmal auf diese grundlegende Einsicht hingewiesen: »Eine Währung ist keine Ware; sie hat ihren Ursprung vielmehr im Gesellschaftsvertrag, der die Grundlage aller politischen Gemeinschaften in der Geschichte ist.«⁷

Der Euro ist so konstruiert, dass zwar nicht ausschließlich, aber in erster Linie die Interessen des Kapitals bedient werden. Diesem Zweck dienen z.B.:

- die Unabhängigkeit der EZB von demokratischer Kontrolle,
 - der Vorrang der Geldwertstabilität vor anderen makro-ökonomischen Parametern, wie Wachstum und Beschäftigung,
 - das Verbot der Staatsfinanzierung.
- Diese Konstruktion führt u.a. dazu, dass »öffentliche Schulden auf das Niveau privater Schulden herabgestuft werden. Jeder Mitgliedsstaat kann so mit seinen Schulden Bankrott gehen, so als ob der Euro eine fremde Währung wäre.«⁸ Jörg Huffs Schmid sprach von einer »Zementierung der wirtschaftstheoretischen Doktrin des Monetarismus. (...) Hier scheint das autoritäre Weltbild durch, dass dem Neoliberalismus zugrunde liegt und beispielsweise von Friedrich August von Hayek immer wieder bemüht wird.«⁹ Mit anderen Worten: der

Neoliberalismus und die Austeritätspolitik sind dem Eurosystem immanent. Wer über Austerität redet, kann über den Euro nicht schweigen.

Besonders schmerzhaft hat Griechenland den Herrschaftscharakter des Währungssystems im Juli diesen Jahres erfahren. Denn was Tsipras in die Knie zwang, war weniger die Grexit-Drohung Schäubles, sondern die Tatsache, dass die EZB die Versorgung der

Peter Wahl ist Vorstandsvorsitzender der Nichtregierungsorganisation »Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – World Economy, Ecology & Development (WEED)« und einer der Mitbegründer von Attac Deutschland. Letzte Buchveröffentlichung als Herausgeber (gemeinsam mit Thomas Sauer): »Welche Zukunft hat die EU? Eine Kontroverse; Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac«, Hamburg 2013.

¹ Mario Candeias: Ein gemeinsames Lager des »Oxi«. Neues Deutschland, 4.8.2015, www.neues-deutschland.de/artikel/980018.ein-gemeinsames-lager-des-oxi.html

² Deshalb trifft das Argument von Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE und stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE, eine Alternative zum Euro liefe »letztlich auf eine Unterwerfung unter den internationalen Kapitalverkehr hinaus«, so nicht zu. Siehe Axel Troost: Raus aus dem Euro?, 25.8.2015, www.die-linke.de/nc/die-linke/nachrichten/detail/artikel/raus-aus-dem-euro/

³ London hält bekanntlich nichts vom Euro. Aber auch das Interesse Polens, sich dem Euro anzuschließen, hält sich in Grenzen. So ist nicht nur eine große Mehrheit der Polen gegen den Euro, auch die polnische Nationalbank publiziert Papiere, in denen leidenschaftslos die Auflösung der Eurozone vorgeschlagen wird. Siehe: Stefan Kawalec/Ernest Pytlarczyk (2013): Controlled dismantlement of the Eurozone: A proposal for a New European Monetary System and a new role for the European Central Bank. National Bank of Poland, Working Paper N° 155, Warsaw.

⁴ Gegenüber anderen Währungen soll die gemeinsame Währung beibehalten werden, während innerhalb des Euroraumes regional oder national Euro-Lire, Euro-Pesetas, Euro-Drachme etc. gegenüber Euro-Mark, Euro-Gulden schwanken können. Siehe auch: Frédéric Lordon (2014): La Malfaçon. Monnaie européenne et souveraineté démocratique, Paris.

⁵ Oskar Lafontaine: Die Linke und Europa. Junge Welt, 22.8.2015, <https://www.jungewelt.de/2015/08-22/001.php>

⁶ Axel Troost: Raus aus dem Euro? a.a.o. (s. Fußnote 2)

⁷ Michel Aglietta/Nicolas Leron: The Eurozone: Looking For The Sovereign. Social Europe, 11. September 2015, www.social-europe.eu/2015/09/eurozone-looking-sovereign/

⁸ Ebd.
⁹ Jörg Huffs Schmid (2001): Monetarismus als supranationales Recht? Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank als Problem für demokratische Wirtschaftspolitik in Europa. Beitrag auf der Konferenz: Die Europäische Zentralbank – Macht außer Kontrolle?, 8./9. November 2001 in Berlin.

griechischen Privatbanken mit Liquidität deckelte – und zwar in Übereinstimmung mit den Regeln. Das hätte rasch zum Zusammenbruch des Zahlungsverkehrs und damit der ganzen Wirtschaft Griechenlands geführt.¹⁰

Schließlich gilt für den Euro die weltweit einmalige Besonderheit, dass er eine Währung ohne Staat ist bzw. mit 28 Staaten, deren Volkswirtschaften zudem äußerst heterogen sind. Daraus folgt, dass zur neoliberalen Verfasstheit des Eurosystems, quasi obendrauf, die Probleme kommen, die sich aus der Heterogenität bei einem gleichzeitigen *one-size-fits-all*-Ansatz der Fiskal-, Geld- und Wechselkurspolitik ergibt. Die Konsequenzen sind oft dargestellt worden.¹¹

Die Schwachstellen des Euro haben auch die Funktionsebenen erkannt, und es liegen jetzt Reparaturvorschläge auf dem Tisch.¹² Diese laufen alle darauf hinaus, die Integration in der Eurozone auf neoliberaler Grundlage zu vertiefen.¹³ Von französischer Seite hat Wirtschaftsminister Emmanuel Macron vorgeschlagen, Fiskaldisziplin und neoliberale Strukturreformen durch Transfers in Krisenzeiten zu ergänzen. Die monetaristische/neoliberale Substanz des Systems steht bei all dem freilich nicht zur Disposition – und das nicht nur, weil die Protagonisten der Vorschläge das nicht wollen, sondern weil sich aus der institutionellen und juristischen Verfasstheit des Eurosystems eine Pfadabhängigkeit ergibt, die nur solche Lösungen zulässt.

Alternativen sind daher nur möglich durch einen Bruch mit dem Eurosystem in seiner gegenwärtigen Verfassung. Damit wären natürlich nicht alle Probleme gelöst. Eine andere, nachfrageorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik müsste hinzukommen.

Diese ist aber unmöglich – zumindest solange man sich an die Verträge hält. Insofern funktioniert eine zeitliche Reihenfolge, die erst mal eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik betreibt, bevor man sich dann später dem Währungsproblem zuwendet, nicht.¹⁴ Eine Alternative zum Euro ist eine notwendige, wenn auch keine hinreichende Voraussetzung für emanzipatorische Veränderungen.

Der Euro – ein politisches Projekt

Wie eingangs gesagt: der Euro ist in erster Linie ein politisches Projekt. Von daher führt es in die Sackgasse, wenn man die Diskussion allein auf ökonomischem Terrain führt.

Was war die politische Motivation hinter der gemeinsamen Währung? Mit dem Euro sollte die Integration dynamisiert und zugleich das größer gewordene Deutschland eingebunden werden. Der Euro sollte der Hebel sein, mit dem die Vertiefung gleichsam erzwungen wird. Denn ein demokratisch legitimer Wille von unten, wie es ihn bei der Herausbildung der Nationalstaaten gab (und in Katalonien gerade wieder gibt) war auch damals schon nicht vorhanden. Es war die übliche *top-down*-Methode, mit der das Elitenprojekt EU schon immer neue Integrations-schritte vornahm. Jean-Claude Juncker hat sie auf den Punkt gebracht: »Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter.«¹⁵ Die Linke muss sich der Frage stellen, ob sie die erneute Vertiefung der Integration – vielleicht zähneknirschend – mitträgt, sie aber als alternativlos betrachtet, wie dies bei einigen Beiträgen anklingt.¹⁶ Dies würde jedoch verkennen, dass die EU in einem Zustand ist, in dem ihre Zukunft und die so genannte Finalitätsfrage, d.h. was am Ende des Prozesses stehen soll, völlig offen ist. Die zentrifugalen Tendenzen sind so stark, dass selbst Europhile froh wären, wenn der Laden nicht auseinanderfliegen würde. In einer solch offenen Situation, in der sich neue Gestaltungsräume öffnen, kann die Linke nicht passiv bleiben, sondern muss Alternativen ins Spiel zu bringen.

Abschied von der »europäischen Idee«

Dazu gehört als erstes, sich endgültig von der Vision der *Vereinigten Staaten von Europa* zu verabschieden. Und das nicht nur weil es unrealistisch ist –

das ist es auch. Denn die anderen wollen sich mitnichten noch enger mit den Deutschen einlassen, und schon gar nicht unter der Bedingung von deren Dominanz. Nein, die politische Union ist heute kein emanzipatorisches Projekt mehr. Was nach dem Krieg wenigstens für Westeuropa immerhin eine friedensstiftende Dimension enthielt, hat heute sein progressives Potenzial erschöpft. Aus mindestens drei Gründen:

- im Zeitalter der Globalisierung ist der Versuch, einen neuen Großstaat aus dem Boden zu stampfen, völlig aus der Zeit gefallen. Er bedeutet Ausschließungen für alle, die nicht dazu gehören (dürfen) und erzeugt neue Spaltungslinien vor allem gegenüber angrenzenden Regionen, wie Nordafrika und Russland. Mit Internationalismus hat das nichts mehr zu tun. Dessen Parole heißt schließlich *Proletarier aller Länder, und nicht Proletarier der Eurozone vereinigt Euch!*
- vor dem Hintergrund der Transformation des internationalen Systems hin zur Multipolarität wäre die EU gern global agierende Großmacht, die neben den USA und China den Club der G3 bilden. Statt Demokratisierung des internationalen Systems anzustreben, wollen die Funktionsebenen zur Weltmacht aufsteigen. Auch wenn das gegenwärtig aussichtslos ist, so besitzt es eine gefährliche Attraktivität bis in linke Milieus hinein;
- das wiederum hat damit zu tun, dass ein europäischer Bundesstaat einen Euro-Patriotismus zur Folge hätte, der an die Stelle des klassischen Nationalismus träte, ohne sich von diesem in seiner identitären Substanz zu unterscheiden. Auch deutsche Linke dürften dann wieder auf ein staatliches Großkollektiv stolz sein. Wir kämen vom Regen in die Jauche.

Flexibilisierung nach innen, Öffnung nach außen

Deshalb ist es an der Zeit, aus der binären Logik auszusteigen, wonach die Alternative zur Vertiefung der Integration nur die Rückkehr zum Nationalstaat des 19. Jahrhunderts wäre. Zum einen ist das gar nicht mehr möglich, selbst wenn man es wollte. Die öko-



Karikatur: Economist

nomischen, juristischen, kommunikativen, kulturellen u.a. Verflechtungen zumindest in den EU-Kernländern sind so dicht geworden, dass auch eine Marine LePen sehr schnell an ihre Grenzen stieß, wenn sie es versuchte. Zu Recht ist ja gerade eine der Hauptkritiken an den Rechtspopulisten, dass sie ihre Versprechungen im Ernstfall gar nicht wahr machen könnten. Zudem kommt auch hier die Globalisierung ins Spiel. Wenn die Argumente der linken Globalisierungskritik stimmen, dann ist die Beschwörung der Rückkehr zum Nationalstaat des 19. Jahrhunderts nur Angstmasche.

Wichtiger aber noch ist, dass die linke Euro-Kritik gar nicht für die Rückkehr ins 19. Jahrhundert plädiert. Andreas Nölke z.B. hat bereits 2013 »Schritte zum selektiven Rückbau der sich radikalierenden Integration und zur Stabilisierung des bisher erreichten Integrationsstandes im Bereich der Gütermärkte« vorgeschlagen.¹⁷ Auch im linksliberalen Milieu wird in diese Richtung gedacht. Unter dem Titel »Abschied von Europas Sternen« schreibt Martin Winter: »Die unerbittliche Herausforderung der Krise zeigt vielerlei: dass zwischen den Europäern zwar einiges möglich ist, sehr vieles aber eben nicht; dass die Nationalstaaten stärker sind als geglaubt; dass die Völker weniger europäisch sind, als gehofft; und dass Größe allein noch keine Antwort auf die Probleme der Welt ist.«¹⁸

Es geht also nicht darum, internationale Zusammenarbeit aufzugeben, sondern um eine Flexibilisierung der EU nach innen und eine Öffnung nach außen. Pluralität von ökonomischen Modellen, Dezentralisierung, mehr Subsidiarität sollten zum Leitbild für die Zukunft der EU werden. Dem Rück-

bau von Kompetenzen auf bestimmten Gebieten, z.B. der Währung, kann eine Verstärkung auf anderen Gebieten, z.B. beim ökologischen Umbau gegenüberstehen. Die Zusammenarbeit kann dann auch in Koalitionen von Willigen, wie sie ohnehin schon durch das Verfahren der »Verstärkten Zusammenarbeit« vorgesehen ist, stattfinden. In diesem Rahmen verhandeln derzeit elf Mitgliedsstaaten die Einführung der Finanztransaktionssteuer. Und die Öffnung nach außen bedeutet, frei von den geopolitischen Motiven der Partnerschaftsabkommen mit Dritten zu kooperieren, z.B. in der Migrationspolitik mit Nordafrika oder in der Energiepolitik mit Russland. Und wenn Warschau Putin nicht leiden kann, dann soll es nicht gezwungen werden, dabei mitzumachen. Diesen Ansatz gilt es weiter zu denken und zu konkretisieren. Er wäre ein dritter Weg zwischen Eurofetischismus und nationalstaatlichen Lösungen. Zugleich würde damit der Vorwurf des Nationalismus entkräftet.

Die europapolitische Selbstfesselung auflösen

Die Schwäche der Linken hat viele Ursachen. Die Europapolitik ist dabei nur ein Terrain unter anderen, wenn auch ein lange unterschätztes. Denn seit Krisenbeginn 2008 ist die ablehnende Haltung der Bevölkerungen gegenüber der EU dramatisch gestiegen. Die diffuse Unzufriedenheit wurde jedoch nicht als Herausforderung begriffen, die Stimmungen aufzugreifen und zu einem linken EU-kritischen Protest zu entwickeln. Stattdessen blieb man auf dem Boden des Mainstream-Diskurses, für den EU-Kritik per se populistisch, nationalistisch und rückwärtsgewandt ist. Von einem wichtigen Sektor der Linken, der Linkspartei bzw. einiger ihrer Strömungen, wurde auch bewusst keine Alternative versucht, da die parteipolitischen Koalitionsaussichten Priorität vor dem Aufbau von diskursiver Gegenmacht haben. Eine Selbstfesselung, die sich jetzt, da die Zukunft der EU als solcher zu einem zentralen Thema der politischen Auseinandersetzung wird, bitter rächt. Die entscheidende Frage ist, ob es aus der Schwäche heraus den-

noch Interventionspotenzial gibt, das über pflichtschuldige Kommentierungsroutinen hinausweist. Der europapolitische Kongress, den der Chef der französischen Linkspartei, zusammen mit linken Ex-Finanzministern aus Griechenland, Italien und Deutschland beim Pressefest der *Humanité* gemacht hat, scheint ein Versuch zu sein, ein solches Potenzial zu mobilisieren.¹⁹ Alleine wird das bestimmt nicht reichen. Es sind mehr Formen und Methoden notwendig, um das eingangs erwähnte »Überblick verschaffen. Luft holen. Nachdenken« zu ermöglichen. Aber man sollte dem Projekt eine Chance geben, auch jene in der Linken, die seine Tendenz nicht teilen. Vielleicht wird daraus ein Anfang. Mehr ist derzeit nicht drin.

¹⁰ Troost u.a. haben vermutlich Recht, dass ein Grexit unter den Bedingungen vom Juli 2015 eine Katastrophe gewesen wäre. Auch ökonomisch informierte Kritiker des Euro in Syrizas, wie Lapavistas, bestätigen das. Siehe: Interviews mit Costas Lapavistas, July 17, 2015. Transcript, http://therealnews.com/t2/index.php?option=com_content&task=view&id=31&Itemid=74&jumival=14283

¹¹ Jüngst z.B. von Martin Höpner: Den linken Euro gibt es nicht. Neues Deutschland, 17.8.2015, www.neues-deutschland.de/artikel/981418.den-linken-euro-gibt-es-nicht.html?sstr=H%F6pner

¹² European Commission (Hrsg.): Completing Europe's Economic and Monetary Union. Report by Jean-Claude Juncker in close cooperation with Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi and Martin Schulz, Brüssel, Februar 2015, http://ec.europa.eu/priorities/economic-monetary-union/docs/5-presidents-report_en.pdf

¹³ Steffen Stierle: Vertiefung der Währungsunion: ein neuer Anlauf. Transit Europe, 5.8.2015, <https://transiteurope.wordpress.com/2015/06/05/vertiefung-der-waehrungsunion-ein-neuer-anlauf/#more-226>

¹⁴ Steffen Lehndorff: Nach dem Platzen der Hoffnungen: Die Debatte über den zweiten Schritt vor dem ersten, in: *Sozialismus*, 9/2015.

¹⁵ www.spiegel.de/spiegel/print/d-15317086.html

¹⁶ Steffen Lehndorff, a.a.O.

¹⁷ Andreas Nölke: Dampf ablassen! Plädoyer für einen selektiven Rückbau der europäischen Wirtschaftsintegration, in: *JPG-Journal*, 12.12.2013, Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.), Berlin, www.ipg-journal.de/schwerpunkt-desmonats/die-zukunft-der-europaeischen-union/artikel/detail/dampf-ablassen/

¹⁸ Martin Winkler: Abschied von Europas Sternen, *Süddeutsche Zeitung*, 29.6.2013, www.sueddeutsche.de/politik/zukunft-der-eu-abschied-von-europas-sternen-1.1708585

¹⁹ Stefano Fassina, Zoe Konstaninopoulou, Oskar Lafontaine, Jean-Luc Mélenchon und Gianis Varoufakis: Ein Plan B für Europa. Aus dem Finanzstaatsstreik gegen Griechenland vom 13. Juli müssen Lehren gezogen werden, *Junge Welt*, 14.9.2015, www.jungewelt.de/2015/09-14/021.php?sstr=Mélenchon

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

